

Straßenbaubeiträge: H + G Göttingen e. V. begrüßt Ratsantrag von CDU, FDP und Piraten, in dem die ersatzlose Abschaffung der ungerechten und unsozialen Gebühr für Anlieger auch in Göttingen gefordert wird



Vor dem Neuen Rathaus waren Anlieger dem Aufruf unseres Interessenverbandes gefolgt, mit Protestplakaten bei diesem wichtigen Thema Präsenz zu zeigen. Erfreulicherweise sprachen sich überraschend auch Bündnis90/Die Grünen in der Ratssitzung am 14. Februar 2020 jetzt geschlossen für die Abschaffung der STRABS (Straßenbaubeitragsatzung) aus. Wird Wort gehalten, wäre damit ein Meilenstein zur Erreichung des Zieles geschafft, denn es gäbe im Fachausschuss und Rat damit eine **Mehrheit für die Abschaffung!** Nach uns vorliegenden Informationen werden sich auch die GöLinke und DIE PARTEI jetzt dafür einsetzen.

Einzig die SPD-Ratsfraktion bezeichnete den Antrag als „populistisch“: Durch anderweitige Finanzierungen der Straßenbaubaukosten – zum Beispiel durch die Erhöhung der Grundsteuer – würden künftig die Mieter belastet. Diese Behauptung ist **unseriös**, denn eine Erhöhung der Grundsteuer ist nicht nötig: allein die – zweistufige – Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 530 % auf 590 % hat ab dem Jahr 2013 erhebliche Mehreinnahmen in die Kassen der Stadt gespült. **Versprochen wurde den Bürgern – Vermietern und Mietern – öffentlich, dass die zweite Stufe der Grundsteuererhöhung (30% = 1,35 Mio. Euro p.a.) ab 2016 wieder zurückgenommen wird. Das ist nie erfolgt. Über 5 Mio. Euro „Sondereinnahmen“ hat die Stadt hieraus von den Bürgern**

kassiert und tut dieses bis zu einer Abschaffung weiterhin. Die Gesamteinnahmen aus der Grundsteuer betragen ca. 27,5 Mio. Euro jährlich.

Zum Vergleich: Die Straßenbaubeiträge in Göttingen beliefen sich im Durchschnitt mehrerer Kalenderjahre auf 500.000,00 € bis 800.000,00 € p. a. [aktuelle Zahlen werden derzeit vom Ersten Stadtrat und Stadtkämmerer Schmetz zusammengestellt] diese Beiträge hätten ohne Probleme aus den Grundsteuermehreinnahmen finanziert werden können. **Mit den dann noch verbleibenden „Zusatz-einnahmen“ aus der Grundsteuererhöhung finanzieren Vermieter und Mieter seit dem 1. Januar 2016 den allgemeinen Haushalt der Stadt Göttingen und das, obwohl der Landesvertrag aufgrund der guten Finanzlage der Stadt fünf Jahre früher beendet werden konnte.** Der Vorhalt der SPD-Fraktion, Bildung und Kultur würden bei Wegfall der Straßenbaubeiträge leiden, verfängt daher ebenfalls nicht. Es fehlt der SPD-Fraktion bisher allein der politische Wille zur Abschaffung. Immerhin lehnte sie eine Überweisung des Tagesordnungspunktes in den Finanzausschuss nicht mehr ab. Somit wurde der neue Ratsantrag jetzt einstimmig an den Finanzausschuss verwiesen. Konsequenter wäre gewesen, sich endlich für die Abschaffung auszusprechen. H + G Göttingen e. V. begrüßt trotzdem die einstimmige Überweisung an den Finanzausschuss

ausdrücklich. Wir werden wie immer sachgerecht und fundiert die obigen Argumente zur Finanzierung im Fachausschuss vortragen.

Die entscheidende öffentliche Sitzung des Finanzausschusses wird nach uns vorliegenden Informationen voraussichtlich am 5. Mai 2020 um 16.00 Uhr im Neuen Rathaus stattfinden. Wir rufen hiermit unsere Mitglieder und sonstige Anlieger auf, die Beschlussfassung zur endgültigen und ersatzlosen Abschaffung der Straßenbaubau rückwirkend zum 01. Januar 2020 durch Präsenz vor dem Rathaus ab spätestens 15.45 Uhr zu unterstützen.

Bitte melden Sie sich möglichst bei uns an, damit wir ausreichend Plakate drucken lassen können, die wir – natürlich kostenlos – bereitstellen werden. Wer die Möglichkeit hat, kann das im Anschluss veröffentlichte Plakat auch selbst drucken.

Die Presse wird von uns ebenfalls informiert. Wir setzen uns weiterhin – jetzt mit Unterstützung der Ratsmehrheit – mit großem Engagement für die ersatzlose Abschaffung der Straßenbaubeiträge ein, denn:

Die Beitragserhebung ist ungerecht: Alle nutzen die Straße: Pendler, Mieter, Lkw und der öffentliche Nahverkehr – warum sollen die Anlieger allein bezahlen?

Die Beitragserhebung ist unsozial: Die Instandhaltung der Straßen ist als Maßnahme der Daseinsfürsorge Aufgabe der Städte und Gemeinden und somit aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu bestreiten, dann zahlen Leistungsstarke mehr Steuern als finanziell schlechter gestellte BürgerInnen. Insbesondere Rentner und junge Familien werden derzeit unangemessen belastet, was existenzgefährdend sein kann.

set

Foto: Brakemeier